

NPD in Oberfranken – Was tun gegen den braunen „Dumpf“?



Die Grüne Jugend Oberfranken im Sommer 2007 bei einer Demo gegen Rechts in Wunsiedel.

Foto: Stephan Clemens

In den vergangenen Monaten zeigte die NPD verstärkt Präsenz in Oberfranken. Nicht nur in der kleinen Stadt Gräfenberg, deren Kriegerdenkmal seit 1999 alljährlich zum Ziel vieler neonazistischer Aufmärsche wird, erreichte die Häufigkeit rechtsradikaler Veranstaltungen in diesem Jahr einen Höhepunkt.

Auch in Bamberg bemüht sich die NPD intensiv um die Aufmerksamkeit potentieller Wähler: Man versuchte die Konzert- und Kongresshalle für einen Parteitag mit etwa 300 geladenen Gästen zu buchen. Dies konnte in einer zweistufigen juristischen Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht und anschließend dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München mit der Begründung verhindert werden, dass die Halle an besagtem Termin wegen des „Tags der offenen Tür“ grundsätzlich nicht für Veranstaltungen zur Verfü-

gung stehe. In der Natur dieses Arguments liegt allerdings logischerweise, dass es nur einmal zieht und sich nicht beliebig einsetzen lässt. Die NPD kann jederzeit eine neue Anfrage stellen.

Große Politik- und Demokratieverdrossenheit, sowie geschickte Agitation seitens der NPD haben dazu geführt, dass diese Partei in den vergangenen Jahren diverse Wahlerfolge, auch auf Länderebene, feiern konnte. Oft bieten neofaschistische Organisationen ein abwechslungsreiches „Jugendfreizeitprogramm“ an, engagieren sich in Vereinen und Bürgerinitiativen und bedienen sich moderner Propaganda-Strategien. Rechtsextremistische Ideologien gewinnen besonders dort an Bedeutung, wo soziale Not und Arbeitslosigkeit herrschen.

Was kann man also tun? Naheliegender scheint ein NPD-Verbot zu sein, zumal die-

se „Lösung“ aufgrund der aktuellen Petition „NPD-Verbot jetzt!“ der VVN-BdA in aller Munde ist. Mit einem Verbot verlöre die NPD ihren Status als legale Partei und somit das Recht auf staatliche Parteienfinanzierung und den Schutz ihrer Veranstaltungen. Ihre Organisationsstruktur wäre zerschlagen und nur schwer und dann auch noch illegal im Untergrund wieder aufzubauen. Ein Verbot würde außerdem MitläuferInnen abschrecken und der NPD einen Großteil ihres Zulaufs entziehen.

Auf der anderen Seite kann man Gedanken und Ideologien nicht verbieten. „Entledigt“ man sich der Partei, bleibt das eigentliche Problem dennoch bestehen. Ein Verbot zieht nach sich, dass die Bevölkerung die Problematik nicht mehr vor Augen geführt bekommt, man stützt sich auf die Nicht-Existenz der NPD und schwächt

somit die Zivilcourage, wie zum Beispiel Bürgerinitiativen in Gräfenberg oder Bamberg. Man stärkt womöglich noch die Solidarität rechtsextremistischer KameradInnen, denn nun kommt auch noch der Reiz des Verbotenen hinzu.

Unabhängig von der Frage „Verbot oder nicht?“ ist es aber notwendig, die tiefer liegenden Ursachen konkret zu erforschen und vor Ort zu bekämpfen.

Eine demokratische Kul-

tur kann nicht hinnehmen, dass Jugendliche sich aus Frust oder Langeweile einer neonazistischen Partei zuwenden, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder Religion in Gefahr schweben, dass rechtes Gedankengut mittlerweile schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Aufklärung, Zivilcourage und Engagement aller demokratischen Parteien ist gefordert. „Braune“ Themen und Politik-

felder müssen von ihnen besetzt und auf eine intelligente, Demokratie stützende Weise angegangen werden.

Die NPD ist ernst zu nehmen, aber nicht überzubewerten! In erster Linie ist es an uns, soziale Ausgrenzung zu verhindern, als Kommune Plätze für Jugendliche zu schaffen, aufzuklären und gegen rechtsextremistisches Gedankengut anzukämpfen.

doro

Bierbrauen mit ätzendem Beigeschmack

Abwässer der Kaiserdom-Privatbrauerei schädigen seit Jahren das Gaustadter Kanalsystem

Bierbrauen kann echt ätzend sein. Nicht das prickelnd-frische Endprodukt natürlich, das vielen Bamberger BierfreundInnen wohlthuend durch die Kehle rinnt. Aber die Abwässer bei der Bierherstellung haben's echt in sich. Das bekommt seit Jahren das Kanalnetz in Gaustadt zu spüren, an das die Kaiserdom-Privatbrauerei angeschlossen ist.

Seit langem stellen die laugen- und säurehaltigen Abwässer von Kaiserdom ein massives Problem für die Rohrleitungen des Kanalsystems dar. Die laut der Bamberger Entwässerungsatzung zulässigen pH-Werte zwischen 6,5 und 9,5 werden

Kosten. Der Reparaturbedarf in der Breitackerstraße war der Firma eindeutig zuzuweisen, da sie die einzige Einleiterin ist. Doch das Kaiserdom-Abwasser fließt anschließend weiter ins Gaustadter Kanalsystem, wo es sich zwar mit Abwässern aus anderen Haushalten mischt, aber dennoch mit seiner hohen Säure- und Laugenkonzentration noch Schäden anrichten kann. Diese sind aber nicht mehr eindeutig zuordenbar und sind somit vom EBB selbst zu tragen – sprich von den Gebührenzahlern.

Aber nicht nur Rohre unter der Erde leiden, auch das Betriebspersonal des EBB ist

zwischen Brauerei- und EBB-Vertretern erörtert, aber bis dato nicht umgesetzt. Von Seiten der Stadtspitze war bisher wenig Druck zu spüren und auch die Öffentlichkeit wurde nicht informiert. Die Firma der Familie Wörner gilt als wichtiger Faktor am Wirtschaftsstandort Bamberg und soll wohl nicht verprellt werden.

Im Januar 2007 stellte die GAL-Stadtratsfraktion – die über Umwege von dem Sachverhalt erfahren hatte – einen Antrag auf Sachstandsbericht im Stadtrat. Seither tut sich etwas, wenn auch nicht gerade schwungvoll. Auf Druck der Stadt hat Kaiserdom nun von



Kaiserdom-Brauerei in Gaustadt

Foto: privat

GAL *lges* Rathausjuristen prüfen 24 Wörter pro Tag

Die GAL ist ja bekannt dafür, dass sie die Stadtverwaltung mit ihren Anträgen immer wieder auf Trab hält, aber ein Antrag der GAL vom Februar 2005 scheint alles bisher dagewesene in den Schatten zu stellen. Die GAL bezieht sich darin auf ein damals aktuelles Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg, bei dem es darum ging, dass Aufsichtsratssitzungen von städtischen GmbHs in Teilen auch öffentlich stattfinden können. Ein Anliegen, das die GAL hat, seit die Stadt immer mehr Betriebe privatisiert und somit politisch wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen fallen.

Bis heute ist die Rechtsabteilung im Rathaus dabei, zu prüfen, ob das Urteil für Bamberg Relevanz hat – seit mehr als 19 Monaten also. Das sind über 418 Arbeitstage. Bei dem vorliegenden Urteilstext mit 10.240 Wörtern kommt man damit auf immerhin 24 geprüfte Wörter pro Arbeitstag. Wir alle wissen, wie spitzfindig und interpretationsfähig Juristendeutsch ist – da kommt es auf jede Silbe und jedes Komma an. Eine beachtliche Leistung also!

Zumal seither noch ein Revisionsurteil hinzukam, und eine Stellungnahme des Bayerischen Innenministeriums, wie OB Starke auf Nachfrage der GAL antwortete. Deshalb sei auch ein „umfassender Konsultations- und Diskussionsprozess unter Einschaltung der Geschäftsführer, der Werkleitung und des Vorstandes der städtischen Teilnehmungsunternehmen“ nötig. Noch mehr Köpfe brüten also Tag für Tag, Rauchwolken um ihre Köpfe sammelnd, über dem überaus komplexen Thema.

Währenddessen werden unverändert wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Stadt in den GmbHs vorgenommen – weiterhin von den Nebelschwadern der Verschwiegenheit und Nichtöffentlichkeit verdeckt. Und während der Oberbürgermeister sich in publikumswirksamen Reden für mehr Transparenz im Rathaus stark macht, basteln seine Verwaltungsrechtsexperten wohl an einer juristisch eleganten Begründung dafür, dass man beim Regensburger Gericht ja nicht Bamberg gemeint haben kann. Ein Schuft, wer Böses dabei denkt ...

sys

dabei deutlich über- und unterschritten. Kaiserdom produziert mehrere Zehntausend Kubikmeter Abwasser pro Jahr, die vor allem bei Reinigungsvorgängen entstehen.

Im Jahr 2000 musste der städtische Entsorgungs- und Baubetrieb Rohre des öffentlichen Kanalnetzes in der Breitackerstraße austauschen, weil sie aufgrund der unzulässigen Einleitungen aus dem Kaiserdom-Gelände „völlig zerstört“ waren (so der EBB-Bericht im Juni 2007). Nach Klageerhebung der Stadt zahlte die Brauerei immerhin die entstandenen

„massiv gefährdet“. Und zudem ist nicht auszuschließen, dass die biologische Reinigungsstufe in der städtischen Kläranlage „beeinträchtigt oder gar zerstört“ wird.

Deshalb kämpft die Stadt Bamberg nun seit Jahren darum, dass Kaiserdom sich endlich an die gesetzlichen Vorgaben hält und sein Abwasser entsprechend auf dem eigenen Gelände „neutralisiert“. Die Brauerei hingegen fuhr in den vergangenen Jahren eine Hinhaltenaktik. Zahlreiche Maßnahmen wurden in ebenso zahlreichen Besprechungsterminen

einem Expertenbüro einen Sanierungsplan ausarbeiten lassen, der nach einigen Nachbesserungen vom EBB akzeptiert wurde. In der produktionsarmen Zeit ab November 2007 soll auf dem Kaiserdom-Grundstück ein Verbindungskanal gebaut werden, um die basischen und sauren Abwässer zu neutralisieren. Ab Januar will der EBB kontrollieren, ob damit das Ziel erreicht wird, die pH-Grenzwerte einzuhalten. Die GAL gibt die Hoffnung nicht auf, dass sich die Situation nun endlich verbessern wird, und bleibt am Ball.

sys